

Schwerhörige zu Gäste im Maximilianeum

Bericht über eine Fahrt zum Bayerischen Landtag

Am Mittwoch, den 12. Oktober 2011 folgte eine Gruppe von uns einer Einladung der FDP-Landtagsabgeordneten Frau Katja Hessel nach München zum Besuch des Maximilianeums, dem Sitz des Bayerischen Landtags. Christa Braun, Irmgard Kühne, Anni Reimann - sie hatte unsere Anmeldung organisiert- Ehepaar Schebesta, Ehepaar Trautner und weitere Gäste starteten mit dem Bus um 7.30 Uhr ab U-Bahnhaltestelle Schweinau-Röthenbach bei Nürnberg.

Während unserer dreistündigen Fahrt erhielten wir von unserem Reisebegleiter, Jan Antosch, mittels Flugblättern, Bildschirmdokumentation und Durchsagen allgemeine Informationen über die Arbeit der FDP, die Stimmkreisabgeordnete Katja Hessel und ihre Aufgaben im Maximilianeum. Nach einem zweistündigen Stadtbummel in unserer Landeshauptstadt und anschließendem dankenswerterweise kostenfreien Mittagessen beim „Paulaner“ im Tal, hat uns der Busfahrer zum Maximilianeum chauffiert, wo wir im Foyer von unserem Reisebegleiter mit einem Umhängeschild als Besuchergruppe ausgewiesen wurden. Bedienstete führten uns zu den Besuchertribünen des Plenarsaals und machten auf die mit induktivem Empfang ausgestatteten Plätze aufmerksam.

Etwa eine Stunde lang konnten wir uns einen kleinen Einblick in die Routine einer Landtagsdebatte verschaffen. Die Landtagspräsidentin, Frau Barbara Stamm, hatte den Vorsitz; sie wurde später durch ihren ersten Vizepräsidenten, Franz Maget abgelöst. Die (der) Vorsitzende rief die Referenten auf und erinnerte sie, wenn die Redezeit abgelaufen war. Stenografen, die bei jedem Redner wechselten, protokollierten die Referate. Dabei hatten wir Gelegenheit, eine interessante Debatte mit sozialem Inhalt zu verfolgen, nämlich die Weiterentwicklung einer integrativen zu einer inklusiven Gesellschaft. Es ging um den Bedarf an Mitteln und Anstrengungen, die nötig sind, um die Ziele des Bayerischen-Behinderten-Gleichstellungsgesetzes (Bay-BGG) und vor allem der UN-Behinderten-Rechte-Konvention (UN-BRK) praktisch umzusetzen. Die Landtagsabgeordneten rechtfertigten ihre Arbeit. Sie berichteten über ihren bisherigen Einsatz, ihre Erfolge, ihre Erfahrungen und ihre weiteren Pläne zur Realisierung der UN-Behinderten-Rechte-Konvention. Von Brigitte Mayer (FDP), ging ein herzliches Dankeschön an die Verwaltung, die Beamten für die „sehr fundierte Ausarbeitung der Antworten auf die Interpellation“. Sie forderte die Anhörung bzw. Stellungnahme der Betroffenen selbst zum Entwurf des Aktionsplanes und eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft. Als entscheidend hob sie den Abbau von Barrieren in allen Lebensbereichen, auch der bürokratischen Hürden, als Voraussetzung hervor, damit Inklusion überhaupt stattfinden kann. Sie bewertete die von Bündnis 90/Die Grünen eingereichte Interpellation als wertvolle Anregung, über das weitere Vorgehen konkreter nachzudenken. Maria Scharfenberg (Bündnis 90/Die Grünen) berichtete von Schweden und Norwegen, wo Inklusion bereits verwirklicht ist. Sie forderte Gesetze, um Rahmenbedingungen zu schaffen, darüber hinaus eine Infrastruktur zur Qualifizierung behinderter Menschen, orientiert am Potential der Betroffenen und einen dauernden Nachteilsausgleich. Georg Eisenreich (CSU) hob die eingeleitete sonderpädagogische Förderung in Regelschulen als Leistung seiner Fraktion hervor und will die „Lehrerbildung“ für die Inklusion interessieren. Kathrin Sonnenholzner (SPD) erinnerte an die Situation von psychisch Erkrankten als unsichtbar Behinderte. Sie forderte die Öffnung des ersten Arbeitsmarktes für diesen Personenkreis. Bernhard Pohl (Freie Wähler) beklagte die eingeschränkte Mobilität an Bahnhöfen, besonders außerhalb der Ballungszentren. Renate Will (FDP) er-

wähnte eine Anzahl von 41 Schulen mit dem Profil Inklusion durch Tandemklassen als Erfolg ihrer Fraktion. Thomas Gehring (Bündnis 90/Die Grünen) forderte im Nachtragshaushalt einen Beitrag zur Verwirklichung der Inklusion, ein Programm des Landes zur finanziellen Unterstützung der Kommunen, sowie die Einbeziehung der Betroffenen selbst in den Aktionsplan, und auch die Aufwertung der Inklusion zur „Chefsache“. Die Abgeordneten machten außerdem deutlich, dass der weitere Bedarf voraussichtlich weit höher ausfallen wird, als vorgesehen.

Die Sozialministerin, Frau Christina Haderthauer, verwies darauf, dass eine so tiefgreifende gesellschaftliche Änderung Zeit braucht. Sie würdigte die Arbeit der Fraktionen, die der Landtagsabgeordneten, ihre Beamten, die sich mit dem Entwurf des Aktionsplanes eingehend befassten, erwähnte das Engagement einiger herausragender Gruppen, besonders die der Frauengruppierungen. Frauen mit Behinderung seien oftmals doppelt diskriminiert und der Gefahr von Armut und sozialer Ausgrenzung ausgesetzt. Darüber hinaus lobte die Ministerin die Arbeit der anwesenden Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung, Frau Irmgard Badura. Sie sei sowohl mit ihrem stetigen Einsatz als auch oft unbequemen Einwänden die wichtigste Stütze und treibende Kraft bei der Umsetzung der UN-Konvention.

(Ende der Debatte)

Der induktive Empfang auf der Zuschauertribüne wurde von den Teilnehmern unserer Besuchergruppe unterschiedlich beurteilt. Einige von uns berichteten von einer eingeschränkten Sprachverständlichkeit.

Anschließend erwartete uns die Gastgeberin in einem Diskussionssaal auf derselben Etage. Frau Katja Hessel, Landtagsabgeordnete und von Beruf Juristin, vertritt als Staatssekretärin das Ressort Wirtschaft, Verkehr und Infrastruktur. Im Diskussionssaal stand kein für Höreräteträger wünschenswerter induktiver Empfang zur Verfügung. Lediglich eine mobile Diskussionsanlage, deren unzulängliche Übertragungsqualität offensichtlich wegen Verzerrungen der Sprache dazu führte, dass sich nicht alle von uns an der Diskussion beteiligen konnten und deshalb wenig Freude an der Kommunikation aufkam. Dagegen war dort über den induktiven Empfang laut und deutlich die Debatte im entfernt liegenden Plenarsaal zu vernehmen. Unsere Fragen zum induktiven Empfang für schwerhörige Gäste im Landtag waren eher kein beliebtes Thema, zu dem sich die Gastgeberin ausführlich äußern wollte. Dieses Thema gehört offenbar nicht in ihren Aufgabenbereich innerhalb der FDP-Fraktion. Allgemein galt der Konsens, es sei weiter nicht so schlimm, wenn die Induktionsschleife für die Schwerhörigen „einmal“ nicht funktioniert ohne zu bedenken, dass sich hörgeschädigte Menschen derartige Antworten sehr oft anhören müssen. Dagegen waren Fragen zu Wirtschaft, Straßen und Verkehr ein beliebtes Thema, bei dem sich die Staatssekretärin zuhause fühlte und offensichtlich gerne darüber diskutierte.

Gegen 17 Uhr traten wir die Rückfahrt mit dem Bus an. Wir hatten bei unserem Besuch Gelegenheit, uns über den Stand der Barrierefreiheit im Bayerischen Landtag zu informieren und mit unserem „Anklopfen“ unsere Bedürfnisse in Erinnerung zu bringen.

Kommentar:

Es erscheint in der Tat eine Ressortübergreifende Koordination sämtlicher Ministerien unumgänglich, will sich die Gesellschaft in absehbarer Zeit dem hohen Ziel der Inklusion nähern. Die Verwirklichung der UN-BRK ist nur erreichbar, wenn sie als Querschnittsaufgabe der Gesamtbevölkerung begriffen und realisiert wird. Einem Großteil der Bevölkerung sind die UN-BRK völlig unbekannt und ihre Umsetzung erst recht nicht etwa selbstverständlich. Die Ministerien und Landtags-Abgeordneten müssen die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen, dazu zählen auch die Schwerhörigen, in die Planungen ihres Ressorts einbeziehen

und darüber Auskunft geben können. Vage Vorstellungen über den bedarfsgerechten Abbau von Barrieren, insbesondere bei unsichtbaren Behinderungen, sind zu erwarten. Deshalb ist die Einbeziehung der Betroffenen bzw. ihrer Verbände unumgänglich. Unser Bedürfnis nach Barrierefreiheit bezüglich der Übertragung von Sprache ist auch im Maximilianeum noch nicht vollständig erreicht. Durch entsprechende Anmeldebögen sind Behinderungen und daraus resultierende Bedürfnisse zu erkunden. Eine Nachrüstung der Diskussionsräume mit Induktionsanlagen für beträchtlich schwerhörige Gäste wäre wünschenswert. Der induktive Empfang auf den Besuchertribünen müsste noch präziser eingestellt werden. Das Übersprechen in andere Räume führt zu Störungen und gewährleistet keine Diskretion. Eine qualifizierte Firma für Schwerhörigentechnik kann dieses Problem beheben. Die reibungslose Funktion technischer Einrichtungen setzt eine regelmäßige Wartung und Pflege durch geschultes Personal voraus; dies ist bei der Planung zu berücksichtigen.

Hier sollte die Landesregierung mit Entschlossenheit und Ausdauer ihrer Vorbildfunktion gerecht werden.

Hintergrund:

Die oben geschilderte Landtags-Debatte war der letzte Teil einer von Bündnis 90/Die Grünen angeregten Befragung mit Anhörung (Interpellation). Sie hatte die Regierung aufgefordert, zu ihrem 300 Fragen umfassenden Katalog über den Stand der Bemühungen zur Verwirklichung der Inklusion, in einer Anhörung Stellung zu nehmen.

Im ersten Teil der Debatte hatte Renate Ackermann (Bündnis 90/Die Grünen) Zweifel geäußert, ob die Koalition ernsthaft genug an der Umsetzung der Inklusion arbeitet und beklagt, dass sie in weiten Teilen des Landes nichts von Barrierefreiheit sieht. Barrierefreiheit wäre allerdings der erste Schritt und die Voraussetzung zur Umsetzbarkeit der UN-Behinderten-Rechte-Konvention. Sie forderte eine hauptamtliche Stelle für die Behinderten-Beauftragte des Freistaates Bayern, eine ressortübergreifende Koordination der Inklusion, die alle Ministerien betrifft, und darüber hinaus einen Arbeitsplan zur Umsetzung der UN-Behinderten-Rechte-Konvention. Frau Steiger (SPD) kritisierte das Verfahren der Inklusion, die keine Fristsetzung bei der Beantwortung vorsieht. Auf diese Weise hätte sich die Bearbeitung, die mit hohem Einsatz der Beamten verbunden war, zu lange hingezogen. Sie drängte darauf, endlich „Step by Step zu machen tun und handeln“. Inklusion bedeute gleichberechtigte Teilhabe, nicht nur Beteiligung. Frau Steiger verwies auf die UN-Behinderten-Rechte-Konvention (UN-BRK). Sie ist ein völkerrechtlicher Vertrag und gleichrangig mit einem Bundesgesetz.

Mehr dazu: www.bayerischer-Landtag.de/ Dokumente / Protokolle / 12.10. 2011

Cäcilie Trautner